

Medienkonferenz vom 29. August 2022 «Die bürgerliche Wende für den Kanton Zürich – jetzt!»

Bürgerliche Politik ist zu schärfen

Von Hans-Ulrich Bigler, SVP, Affoltern am Albis

Überlegungen zum Parteiwechsel

Es liegt auf der Hand, dass die Frage nach den Gründen meines Parteiwechsels zur SVP am meisten interessiert. Ich muss gleich einleitend klarstellen, es gibt keine personellen Zerwürfnisse mit der FDP oder irgendwelche Schlüsselereignisse, die mir den sprichwörtlichen «Zapfen abgejagt» hätten. Der Entscheid zum Parteiwechsel ist vielmehr das Resultat einer kontinuierlichen, persönlichen Entwicklung. Schlussendlich musste ich für mich die Frage beantworten, wo in Bezug auf die politischen Inhalte die grösste gemeinsame Schnittmenge besteht.

Dabei ist in einer breiten Öffentlichkeit seit langem bekannt, für welche politischen Inhalte ich als Wirtschaftspolitiker stehe. Generell geht es mir um die Umsetzung einer konsequenten Ordnungspolitik, die unserem Land und seinen Bürgern Wohlstand und Arbeitsplätze garantiert. Dafür habe ich mich in der Vergangenheit – und werde es auch in Zukunft weiterhin tun – hartnäckig eingesetzt. Selbst dann, wenn ich damit in der Minderheit stand. Deshalb gipfeln diese Überlegungen in der Feststellung, wonach die bürgerliche Politik zu stärken und zu schärfen ist.

Konsequente Ordnungspolitik

Oft wird die Frage gestellt, was die Politik für die KMU machen kann. Die Antwort ist häufig ein opportunistischer Bestellzettel, der in Staatsprotektionismus oder Subventionen endet. Eine gute Ordnungspolitik respektiert indessen eine konsequente Aufteilung zwischen Staat und Privaten. Anders gesagt, der Staat soll nur jene Aufgaben übernehmen, die tatsächlich eine gesamtwirtschaftliche Koordination benötigen. Ansonsten steht die Eigenverantwortung der Menschen immer vor dem staatlichen Handeln.

Aktuell zeigt sich indessen ein völlig anderes Bild. Es wird laufend reguliert, reglementiert und legiferiert. Die Regulierungskosten betragen heute rund 10 % des BIP. Das gilt es durch die Senkung unnötiger Regulierungen zu korrigieren. Ich bin deshalb gespannt auf die zwei Gesetzesvorlagen von SVP-BR Parmelin, der seine Vorschläge in der zweiten Jahreshälfte ins Parlament bringt.

Strommangellage

Die Energiestrategie ist gescheitert. Es war schon im Abstimmungskampf klar, dass die Strompreise steigen werden. Einzig die SVP hat darauf hingewiesen und den Anstieg der Kosten für die Bevölkerung zahlenmässig ausgewiesen. Wirtschaft und Bevölkerung müssen die Konsequenzen tragen.

Was ist also auf der Grundlage einer bürgerlichen Politik zu tun? Es braucht liberale und innovative Massnahmen, die der Bevölkerung dienen. Das Dringliche Postulat der Kantonsräte Lucek, Ledergerber und Hübscher aus der SVP mit der Forderung die Pflicht zum Ersatz von Ölheizungen zu sistieren, weist als ein Beispiel den Weg.

Energieintensiven KMU ist die Möglichkeit zu geben, aus dem freien Markt auch wieder in die Grundversorgung zurückzugehen. Die Gesetzeslage würde dies eigentlich zulassen, nur die Bundesverwaltung erklärt den Wechsel in den freien Markt mit dem fragwürdigen Verweis auf die Verordnung als absoluten Einmalentscheid.

Und es braucht letztendlich auch die Technologieoffenheit, ganz konkret spreche ich das Neubauverbot von Kernkraftwerken an. Diese liefern nicht zuletzt auch – und dies selbst in der Einschätzung des Weltklimarates – einen Beitrag zur Klimapolitik und zur Reduktion von CO₂. Die links-grünen Träume sind geplatzt. Die Strommangellage ist kaum ein Einmal-Ereignis in diesem Winter. Vielmehr ist angesichts fehlender Kapazitäten mit einer länger dauernden Spannungslage zu rechnen.

Fazit

Ich habe einleitend darauf hingewiesen, dass mein Parteiwechsel die Frage beantwortet, wo in Bezug auf die politischen Inhalte die grösste gemeinsame Schnittmenge besteht. Dies für sich alleine kann aber noch nicht massgebend sein. Notwendig ist auch die konsequente und hartnäckige Umsetzung, selbst dann, wenn es unbequem ist. Und dafür steht – nebst ihrer Nähe zur Bevölkerung – als grösste Volkspartei die SVP.

Kontakt:

Kantonsrat Domenik Ledergerber, Parteipräsident, 079 295 90 22
Werner Gartenmann, Parteisekretär, 079 222 79 73